

## ENTSCHLIESSUNG ÜBER

### DIE STÄRKUNG DES OSZE-ANSATZES ZUR UNTERSTÜTZUNG DER LENKUNG UND REFORM DES SICHERHEITSSEKTORS IN TEILNEHMER- UND PARTNERSTAATEN

1. In der Erkenntnis, dass sich das Wesen von Konflikten in den letzten Jahren verändert hat und dass sich der Begriff Sicherheit nicht mehr auf einen engen staatszentrierten Ansatz beschränkt, sondern nunmehr im weiteren Sinn auch das Wohlergehen, die Gefährdungen und die Menschenrechte der Menschen umfasst,
2. unter Hinweis darauf, dass die Lenkung und Reform des Sicherheitssektors in Form seiner Umgestaltung zu einem inklusiven, rechenschaftspflichtigen und demokratisch kontrollierten Sektor die staatliche und die menschliche Sicherheit verbessert und die Sicherheitsbehörden somit in die Lage versetzt, mit den vielfältigen und neu auftretenden Sicherheits herausforderungen unserer Zeit umzugehen,
3. betonend, dass eine Reform des Sicherheitssektors wichtig ist, um die staatliche wie die menschliche Sicherheit wirksam zu gewährleisten sowie Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung zu stärken, und unterstreichend, dass ein rechenschaftspflichtiger, effektiver und reaktionsfähiger Sicherheitssektor ein Eckpfeiler für die Aufrechterhaltung von Frieden und nachhaltiger Entwicklung sowie ein wichtiges Instrument der Konfliktverhütung und -bearbeitung ist, das zu mehr Vertrauen und Stabilität im OSZE-Raum und darüber hinaus beiträgt,
4. überzeugt, dass alle Prozesse der Lenkung und Reform des Sicherheitssektors in nationaler Eigenverantwortung durchgeführt werden, sich auf starkes politisches Engagement stützen, in den Institutionen des Landes verankert sein, auf lokale Bedürfnisse und Bedingungen eingehen und gleichzeitig gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte untermauern sollten,
5. betonend, dass die Lenkung und Reform des Sicherheitssektors im Einklang mit dem umfassenden Sicherheitskonzept der OSZE steht und auf eine dimensionübergreifende Zusammenarbeit baut, welche die politisch-militärische Dimension, die Wirtschafts- und Umweltdimension sowie die menschliche Dimension der OSZE einschließt,
6. unter Hinweis auf die Resolution 2151 (2014) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und andere internationale und regionale Rahmen für die Lenkung und Reform des Sicherheitssektors, wie den Strategierahmen der Europäischen Union zur Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors (2016) und den Politikrahmen der Afrikanischen Union für die Sicherheitssektorreform (2013), die alle die Bedeutung der Lenkung und Reform des Sicherheitssektors für dauerhaften Frieden und nachhaltige Entwicklung betonen,
7. in Bekräftigung der in der Erklärung von Helsinki von 2015 und ihrer Entschliessung über den OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit (der Kodex) hervorgehobenen Bedeutung des 1994 angenommenen Kodexes, eines normativen Dokuments von zentraler Bedeutung für die demokratische Kontrolle bewaffneter Kräfte in demokratischen Gesellschaften, und der Notwendigkeit, ihn als Grundprinzip der Lenkung und Reform des Sicherheitssektors zu stärken,

8. unter Hinweis auf die Bedeutung einer wirksamen demokratischen und insbesondere parlamentarischen Kontrolle des öffentlichen und privaten Sicherheitssektors gemäß der Entschließung über die demokratische Kontrolle des öffentlichen und privaten Sicherheitssektors in der Abschlusserklärung von Baku von 2014,
9. unter Hinweis auf die Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, in der die Bedeutung einer stärkeren Vertretung von Frauen auf allen Entscheidungsebenen in den nationalen, regionalen und internationalen Institutionen betont wird,
10. mit Befriedigung feststellend, dass die OSZE und ihre Teilnehmerstaaten das Thema Lenkung und Reform des Sicherheitssektors im Rahmen eines gemeinsamen Treffens des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) und des Ständigen Rates (StR) und OSZE-weiter Konferenzen behandelt haben und dass zu dem Thema interne Richtlinien beschlossen wurden und ein internes Netzwerk von Koordinierungsstellen geschaffen wurde,
11. darin erinnernd, dass die OSZE, wie das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte in seiner Studie vom Dezember 2013 über die Rolle der OSZE bei der Lenkung und Reform des Sicherheitssektors (CIO.GAL/18/14) unterstreicht, nationale Prozesse der Lenkung und Reform des Sicherheitssektors sowohl auf normativer als auch auf operativer Ebene bereits in großem Umfang unterstützt, dass jedoch ein umfassender strategischer Rahmen fehlt, was ein unkoordiniertes Vorgehen und einen Mangel an Nachhaltigkeit und Effizienz zur Folge hat,

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE:

12. beglückwünscht die OSZE-Durchführungsorgane zu den Fortschritten bei der Entwicklung eines kohärenteren und besser koordinierten Ansatzes für die Lenkung und Reform des Sicherheitssektors, wofür die diesbezüglichen Richtlinien der OSZE ein gutes praktisches Instrument darstellen, und begrüßt die Fortschritte bei ihrer Umsetzung;
13. erklärt erneut, dass zur Unterstützung nationaler Reformbemühungen ein umfassender und inklusiver Ansatz wichtig ist, der alle maßgeblichen Akteure einschließlich der Zivilgesellschaft einbezieht, insbesondere im Hinblick auf die Ausübung der Aufsicht;
14. fordert die Durchführungsorgane der OSZE auf, sich verstärkt um die Erarbeitung eines OSZE-weiten strategischen Ansatzes zu bemühen, der Prozesse der Lenkung und Reform des Sicherheitssektors unter nationaler Führung unterstützt und sicherstellt, dass die Maßnahmen der OSZE andere Initiativen auf internationaler und regionaler Ebene ergänzen, allen voran die Arbeit der Vereinten Nationen zur Umsetzung der Resolution 2151 ihres Sicherheitsrats, der Agenda für die Aufrechterhaltung des Friedens sowie der Ziele für nachhaltige Entwicklung;
15. betont, wie wichtig es ist, zur Unterstützung der Lenkung und Reform des Sicherheitssektors einen dimensionsübergreifenden, umfassenden, auf den Menschenrechten basierenden und geschlechtergerechten Ansatz zu verfolgen, dabei regionale und nationale Befindlichkeiten zu berücksichtigen, alle Teilnehmerstaaten auf

transparente Weise einzubeziehen und die Schlüsselemente der nationalen Eigenverantwortung und Rechenschaftspflicht anzuerkennen;

16. betont, wie wichtig es angesichts der Bedeutung geschlechtergerechter Sicherheitsinstitutionen und in Anerkennung der wesentlichen Rolle inklusiver Teams bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten ist, einen geschlechtersensiblen Ansatz zu verfolgen, um den Sicherheitsbedürfnissen von Männern, Frauen, Jungen und Mädchen angemessen Rechnung zu tragen, und Frauen und ihre Perspektiven in alle Phasen der Lenkung und Reform des Sicherheitssektors einzubeziehen, insbesondere weil die Einbeziehung von Frauen und ihren Perspektiven im Sicherheitssektor nicht nur die Legitimität und die lokale Eigenverantwortung erhöht, sondern auch die langfristigen Erfolgsaussichten jeder Reform verbessert;
17. fordert die OSZE-Teilnehmerstaaten auf, dafür zu sorgen, dass bei Initiativen zur Lenkung und Reform des Sicherheitssektors besonderes Gewicht auf die Verhütung von sexuellem Missbrauch und sexueller Ausbeutung in bewaffneten Konflikten und in Postkonfliktsituationen gelegt wird, indem sie militärisches, ziviles und polizeiliches Personal umfassend zum Thema sexueller Missbrauch und sexuelle Ausbeutung schulen, Täter strafrechtlich verfolgen und sicherstellen, dass Überlebende sexueller Gewalt gleichen Schutz durch das Gesetz genießen und Zugang zu Gerichten, Gesundheitsversorgung und psychosozialer Unterstützung haben;
18. legt der OSZE nahe, mit den Vereinten Nationen und anderen internationalen und regionalen Organisationen, die die Lenkung und Reform des Sicherheitssektors unterstützen, zusammenzuarbeiten, um Aktivitäten und Initiativen zu koordinieren, und bittet die Teilnehmerstaaten, Informationen über ihre Erfahrungen in diesem Bereich auszutauschen;
19. bestätigt ihre Überzeugung, dass die Sicherheit dadurch erhöht werden sollte, dass Frauen in entsprechenden Positionen in der Zivilgesellschaft, der Politikanalyse, der Regierung und internationalen Organisationen mehr Mitgestaltungsmacht erhalten und im politischen Entscheidungsprozess und im zwischenstaatlichen Dialog eine direkte und konkrete Rolle spielen;
20. fordert die Teilnehmerstaaten auf, diesen Prozess mit der notwendigen politischen Verantwortung zu unterstützen, indem sie eine inklusive Diskussion über die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses der Lenkung und Reform des Sicherheitssektors im Rahmen der OSZE unter allen Teilnehmerstaaten führen und das Thema bei Zusammenkünften der verschiedenen politischen Gremien der OSZE über alle drei OSZE-Dimensionen hinweg strategisch angehen, und die Fassung eines diesbezüglichen Ministerratsbeschlusses zu erwägen;
21. legt ferner dem aktuellen und dem designierten OSZE-Vorsitz und den Teilnehmerstaaten nahe, ihre Einberufungsbefugnis zu nutzen, um die maßgeblichen Akteure zum Erfahrungsaustausch auf regionaler und subregionaler Ebene aufzufordern;
22. legt dem Generalsekretär der OSZE nahe, über die Fortschritte der OSZE bei der Stärkung ihres Ansatzes zur Unterstützung der Lenkung und Reform des Sicherheitssektors Bericht zu erstatten;

23. unterstreicht die Rolle und Verantwortung von Parlamentariern und parlamentarischen Sicherheitskommissionen hinsichtlich der Aufsicht über den Sicherheitssektor in den Teilnehmerstaaten und fordert die nationalen Parlamentarier auf, Gespräche über die parlamentarische Aufsicht über den Sicherheitssektor auf nationaler und regionaler Ebene zu fördern;
24. hebt ferner hervor, wie wichtig die vollständige Umsetzung und Stärkung der Normen und Bestimmungen des OSZE-Verhaltenskodexes zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit als Voraussetzung für erfolgreiche und nachhaltige Prozesse der Lenkung und Reform des Sicherheitssektors ist;
25. fordert die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung der OSZE auf, die Bemühungen um eine Erhöhung der Kohärenz und die Erarbeitung eines OSZE-Ansatzes für die Lenkung und Reform des Sicherheitssektors zu unterstützen und die Diskussion über die Lenkung und Reform des Sicherheitssektors auf der Ebene der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zu institutionalisieren, indem sie regelmäßig einen diesbezüglichen Punkt auf die Tagesordnung ihres Allgemeinen Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit setzen;
26. beschließt, sich weiterhin an den Erörterungen zur Lenkung und Reform des Sicherheitssektors zu beteiligen.